



Peter Moser

## Linke Wirtschafts-, rechte Sozial- und: Autopolitik

Eine Analyse der Zürcher Abstimmungsergebnisse vom 24. 11. 2013

Drei eidgenössische Vorlagen – und dreimal lautete das Verdikt des Zürcher Stimmvolks klar „Nein“. Die 1:12-Initiative der Jungsozialisten zur unternehmensinternen Begrenzung der Lohnbandbreite brachte es auf nur 33% Ja-Stimmenanteil. Die Initiative zur Einführung von Steuerabzügen auch für die Selbstbetreuung von Kindern (kurz: Familieninitiative) der SVP wurde mit 39% Ja verworfen. Mit 44% Ja vergleichsweise noch am besten schnitt die Verteuerung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken ab, gegen die das Referendum ergriffen worden war.

Die Stimmbeteiligung war an diesem Termin mit 55% sehr hoch: Die drei Abstimmungen gehören zu jenem Zehntel mit der höchsten Beteiligung in den vergangenen 30 Jahren, in denen über 270 eidgenössische Vorlagen abgestimmt wurde. Die mobilisierende Leadvorlage war dabei wohl die 1:12-Initiative. Dafür spricht, dass einerseits die offiziell ausgewiesene Stimmbeteiligung bei dieser Vorlage – wenn auch nur geringfügig – höher als bei den beiden anderen war, andererseits aber auch der Anteil der leer eingelegten Zettel deutlich niedriger. Die Zahl der resultatwirksamen Stimmen war deshalb unter dem Strich bei der 1:12-Initiative um rund 1800 grösser als bei der zweitrangierten Familieninitiative, zur Vignettenvorlage betrug die Differenz sogar etwa 3700 Stimmen.<sup>1</sup>

Ungewöhnlich ist dabei nicht allein die vergleichsweise hohe Beteiligung, sondern vor allem auch, dass sie durch eine wirtschafts- bzw. verteilungspolitische Initiative motiviert war. Denn in der Vergangenheit (d.h. seit 1981) waren es ausschliesslich armee-, europa- oder ausländerpolitikbezogene Vorlagen, welche einem Termin zu einer Spitzenbeteiligung im obersten Dezil verhalfen: Themen deren gemeinsamer Nenner der Bezug zur Identitätsproblematik, zur Frage: „Wer sind wir, wodurch definiert sich die Schweiz?“ ist.

Ob diese hohe Beteiligung ein Ausnahmefall war, oder ob sich darin ein Trend zu einer zunehmenden Mobilisierungskraft und damit auch politischen Brisanz der Verteilungsthematik ankündigt, wird sich erst zeigen müssen. Bevor die Evidenz nicht klar in diese Richtung weist, ist es wohl tunlicher, die hohe Mobilisierung auf die besondere Konstellation dieses Urngangs zurückzuführen. Nach dem Überraschungserfolg der Minder-Initiative im vergangenen März schien plötzlich alles möglich. Gegner wie Befürworter – diese alarmiert, jene beflügelt – legten sich mächtig ins Zeug, woraus ein Abstimmungskampf von unüblicher Intensität und Dauer resultierte, der in der Endphase auch durch die beiden anderen Vorlagen noch zusätzlich angefacht wurde.

---

<sup>1</sup> Bezogen auf die Gesamtzahl der Stimmen mögen diese Zahlen gering erscheinen. Die Differenzen sind aber auch dann nicht grösser, wenn sehr viel klarer ist, welches die Leadvorlage war. Man muss davon ausgehen, dass die Abstimmungsteilnehmer in ihrer überwiegenden Mehrheit, ist der grundsätzliche Entschluss einmal gefallen, zu allen Vorlagen eines Termins Stellung nehmen. Gründlich wird die Deutung dieser interessanten Zusatzangaben des Abstimmungsprotokolls in Moser 2012 diskutiert.

Wovon die Zustimmung abhing, bzw. wer wie abgestimmt haben könnte, zeigt das Kantonsresultat nicht. Oft helfen diesbezüglich die unterschiedlichen Detailergebnisse aus den 171 Gemeinden des Kantons aber weiter. Da auch sozial oder ideologisch-politisch unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung räumlich ungleich verteilt sind, kann die Kombination von Abstimmungsergebnissen mit gemeindeweise verfügbaren Indikatoren in einer sogenannten Aggregatsdatenanalyse Aufschluss über das Abstimmungsverhalten geben.<sup>2</sup> Die Aussagekraft dieses Verfahrens hängt vom Informationsgehalt der Daten ab: Dieser ist umso grösser, je stärker sich die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden unterscheiden, je mehr Varianz also vorhanden ist.

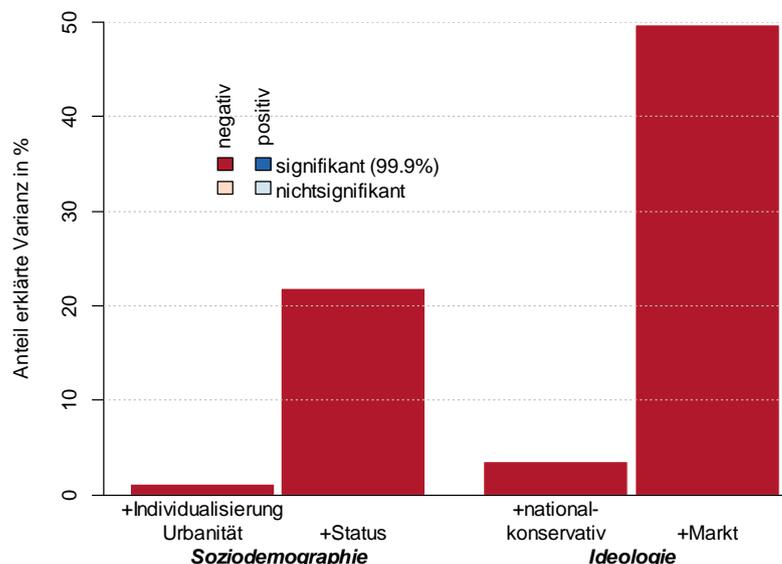
Am grössten ist der Streubereich diesmal – gemessen am Abstand zwischen dem höchsten und dem tiefsten kommunalen Ja-Stimmenanteil – bei der Familieninitiative mit 42 Prozentpunkten. Bei den beiden anderen Vorlagen betrug die Differenz jeweils 31 Prozentpunkte. Die Voraussetzungen für eine aussagekräftige Aggregatsdatenanalyse sind damit bei allen drei Vorlagen gegeben.

1:12-Resultat geprägt durch ökonomische Grundhaltungen und Umstände

Die Analyse der Resultate der 1:12-Initiative mit unserem Standardregressionsmodell zeigt, welche Gemeindemerkmale mit der Zustimmung zusammenhängen (Grafik 1). Dieses Modell berücksichtigt die Position der Stimmbewohner der Gemeinden in der zweidimensionalen politisch-ideologischen Landschaft des Kantons (siehe Moser 2005, 2011 und Grafik 2), wie auch zwei wesentliche sozialräumliche Strukturmerkmale, den sozialen Status und die Lebensformen der Gemeindebevölkerung.<sup>3</sup>

Grafik 1: Einflussfaktoren der Zustimmung zur 1:12-Initiative

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der 1:12-Initiative, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz ( $R^2$ ) = 76%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der 1:12-Initiative. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

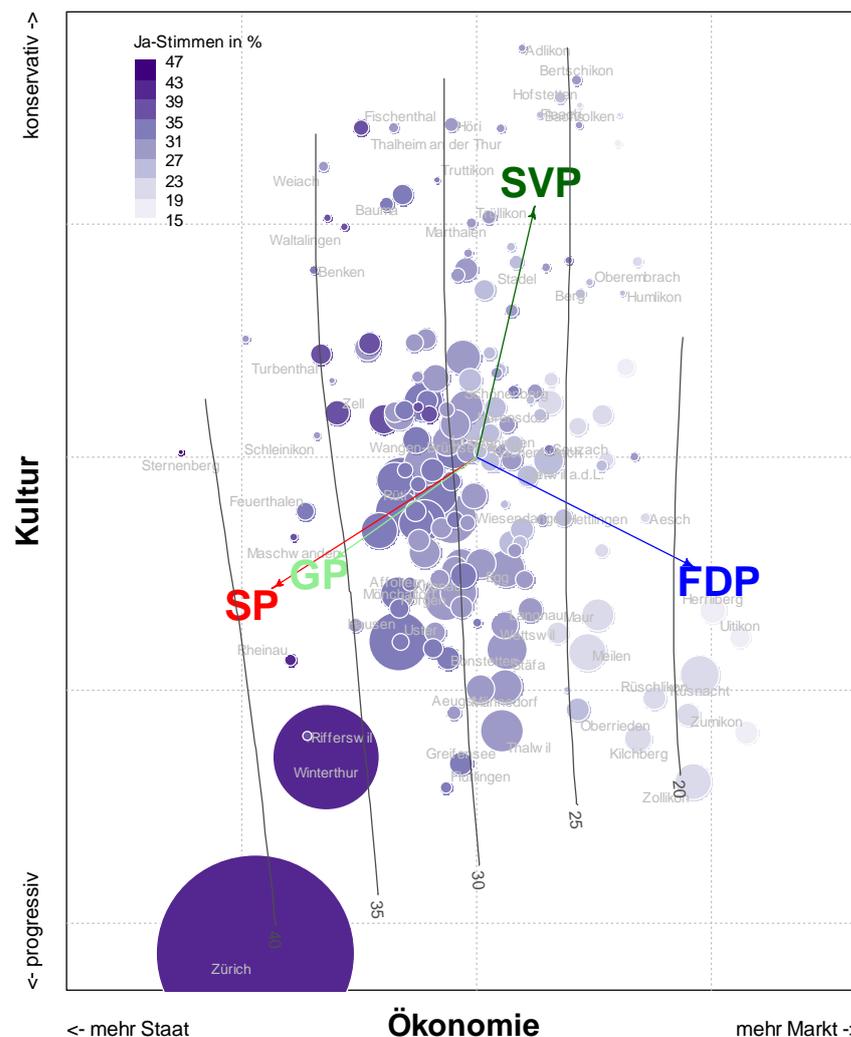
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

<sup>2</sup> Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger wie abstimmten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer umsichtig interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar – denn die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

<sup>3</sup> Die Motivation und die Variablen des Modells sind in Moser 2009 ausführlich beschrieben. Anwendungen finden sich in den meisten Zürcher Abstimmungsanalysen seither.

Der wichtigste Faktor zur Erklärung der Zustimmung zur 1:12 Initiative ist ganz klar die ideologische Grundhaltung zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Wie Grafik 1 zeigt, kann rund die Hälfte der Gesamtvarianz der kommunalen Ja-Stimmenanteile durch diesen Faktor statistisch erklärt werden. Der Eingriff in die unternehmensinterne Salärgestaltungsfreiheit, d.h. eine Einschränkung des freien Spiels der Marktkräfte, war das erklärte Ziel der Initianten. Entsprechend war die Zustimmung zur Vorlage dort vergleichsweise hoch, wo man derartigen Eingriffen grundsätzlich positiv gegenübersteht, und niedrig, wo man sie generell ablehnt.

Grafik 2: Zustimmung zur 1:12-Initiative in der politischen Landkarte  
Ja-Stimmenanteile der 1:12-Initiative in % (Blasenfärbung, Niveaulinien)



Lesehilfe: In der Grafik ist der Ja-Stimmenanteil einerseits durch die Blasenfärbung dargestellt, andererseits aber, stark vereinfacht, wie in einer geographischen Karte durch Niveaulinien, die auf einem "Generalisierten Additiven Modell" (GAM) beruhen. Die Parteipfeile zeigen in Richtung zunehmenden Wähleranteils im Koordinatensystem der politischen Landkarte.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

In Grafik 2 sind die Abstimmungsresultate in der Konfiguration der politischen Landschaft des Kantons veranschaulicht. Der Gradient der Abstimmungsresultate, entlang der horizontalen ökonomischen Grundhaltungsachse ist klar erkennbar. Am tiefsten waren die Ja-Stimmenanteile in den liberalen Goldküstengemeinden, minimal in Zumikon (15%). Am anderen Ende der Skala befinden sich selbstverständlich Zürich (im Stimmkreis 4+5 war die 1:12-Initiative mit 52% Ja sogar knapp mehrheitsfähig) und die Tösstaler Berggemeinde Sternenberg, wo die höchste kommunale Zustimmung gemessen wurde (46% Ja). Leider sind die

Tage dieses – in Grafik 2 am äussersten „linken“ Rand positionierten – Kuriosums der Zürcher Abstimmungsgeographie wegen der beschlossenen Fusion mit der Nachbargemeinde Bauma gezählt.

Grafik 2 bestätigt zudem, was sich bereits Grafik 1 entnehmen liess: Die zweite, die vertikale ideologische Achse ist bedeutungslos. Im Modell erklärt sie (obschon statistisch signifikant) belanglose 4% der Gesamtvarianz. Ob die Stimmbürgerschaft einer Gemeinde generell eher gesellschaftlich progressiv oder konservativ eingestellt ist, hatte also kaum einen Einfluss auf die Zustimmung zur 1:12-Initiative. Weil diese Achse stark mit den Wähleranteilen der Linksparteien (hoch am gesellschaftlich progressiven Pol) und demjenigen der SVP (hoch am konservativen Pol) korreliert, kann man bei dieser Konfiguration davon ausgehen, dass die Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen der Links- und der SVP-Wählerschaft kleiner waren als jene zwischen den klar marktliberalen Sympathisanten der FDP und jenen der Linksparteien. Diese Konstellation, bei der die Wählerschaft der SVP gegenüber Vorlagen aus der linken Ecke des politischen Spektrums nicht unempfindlich zu sein scheint, zeigte sich etwa auch bei der eidgenössischen Steuergerechtigkeitsinitiative der SP (November 2010) oder der kantonalen Bonzensteuerinitiative der JUSO (Juni 2013) – also immer dann, wenn der (fiskalische) Umgang mit Spitzeneinkommen aufs Tapet kam.

Das Standardmodell von Grafik 1 liefert bei diesen beiden Abstimmungen grundsätzlich dasselbe Erklärungsmuster wie bei der 1:12-Initiative. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die relativ hohe Bedeutung des Sozialstatus der etwa einen Fünftel (22%) der Gesamtvarianz bei der 1:12-Initiative erklärt. In Gemeinden mit einer wohlhabenden Bevölkerung war die Zustimmung also deutlich geringer als in den ärmeren.

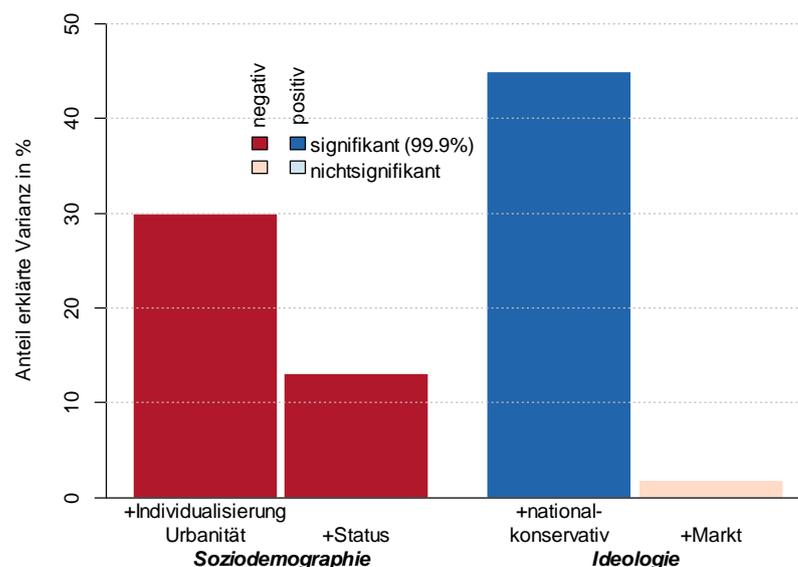
Für die Bewertung der 1:12 Initiative war so zwar die wirtschaftsideologische Ausrichtung von primärer Bedeutung; die hohe Bedeutung des Status ist aber durchaus ein Indiz für die Beimischung eines „klassenkämpferischen“ Elements.

Die Familieninitiative Ideologie und Soziodemographie zu gleichen Teilen

Gemessen an der Spannweite der Gemeinderesultate polarisierte die Familieninitiative besonders stark. Grafik 3 zeigt, dass die ausgeprägten Unterschiede zwischen den Gemeinderesultaten durch unser Standardmodell auch ausgesprochen präzise erfasst werden können.

Grafik 3: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Familieninitiative

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils zur Familieninitiative, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz ( $R^2$ ) = 90%



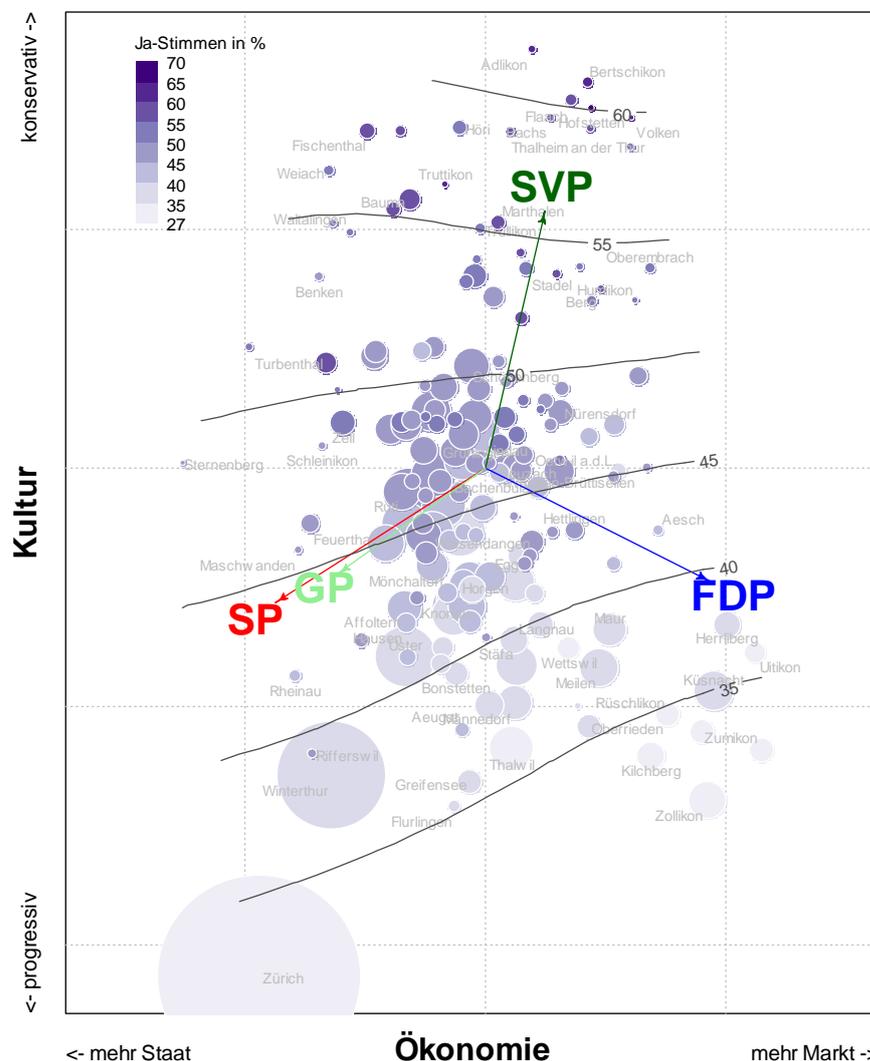
Lesehilfe: siehe Grafik 1.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Das Modell „erklärt“ rund 90% der Unterschiede der Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden und erlaubt damit eine fast punktgenaue „Nachprognose“ der kommunalen Resultate der Familieninitiative. Im Durchschnitt beträgt die Abweichung der errechneten Modellwerte von den wahren Ja-Stimmenanteilen bloss 1.7 Prozentpunkte. Die politisch-ideologischen und sozialen Strukturmerkmale beeinflussten also die Gemeinderesultate sehr ausgeprägt, und wie Grafik 3 zeigt, zu etwa gleichen Teilen.

Die Stossrichtung der SVP-Initiative war wertkonservativ: Mit fiskalischen Mitteln sollte ein traditionelles Familienmodell gestützt werden. Entsprechend gross war auch der Kontrast der Zustimmung zwischen den gesellschaftlich konservativen und den progressiven Gemeinden des Kantons. Dieser ideologische Faktor erklärt für sich allein bereits fast die Hälfte (45%) der gesamten Varianz der Abstimmungsresultate. Bedeutungslos war hingegen die zweite Achse der Politlandschaft des Kantons. Es verhielt sich also genau umgekehrt wie bei der 1:12-Initiative, wie auch Grafik 4 zeigt.

Grafik 4: Zustimmung zur Familieninitiative in der politischen Landkarte  
Ja-Stimmenanteile der Familieninitiative in % (Blasenfärbung, Niveaulinien)



Lesehilfe: siehe Grafik 2.  
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Dass die Familieninitiative in den ländlichen Gebieten, wo eher traditionellen Haushaltsstrukturen vorherrschen, mehr – und zu einem ziemlichen Teil sogar mehrheitliche – Zustimmung fand als in den urban-individualisierten, lehrt ein Blick auf eine konventionelle kartographische Darstellung der Abstimmungsresultate, wie sie auf der Abstimmungsseite

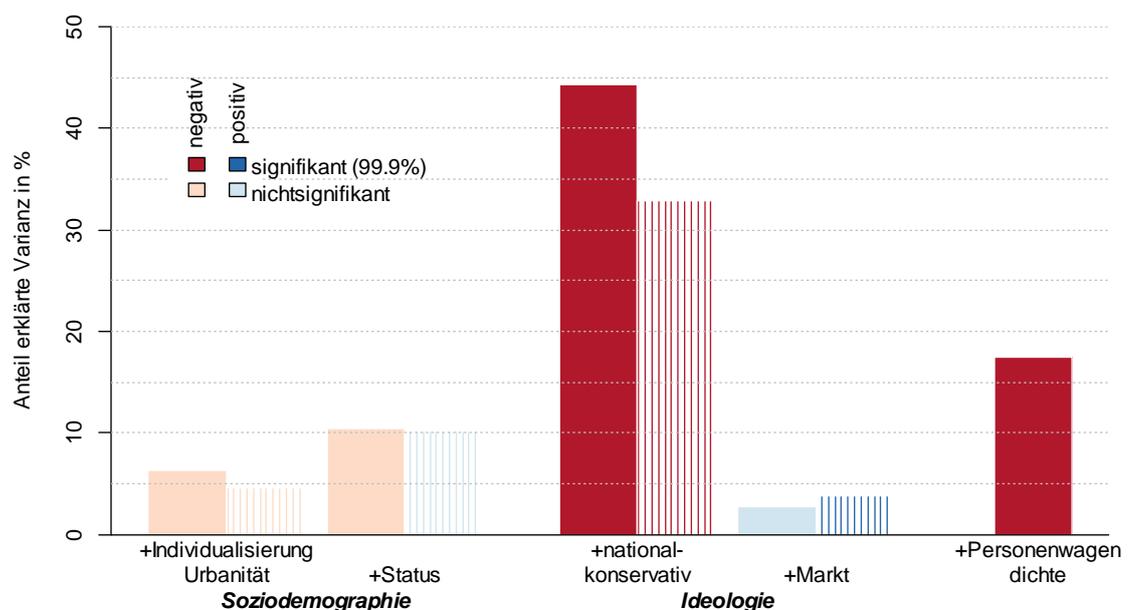
des Statistischen Amtes zu finden ist. In unserem Modell erklärt dieser Gegensatz denn auch ein weiteres Drittel (30%) der Gesamtvarianz. Dieser Zusammenhang lässt sich auch mit eigennützigen Überlegungen motivieren: Vom Abzug hätten Familienhaushalte mit einer traditionellen Arbeitsteilung profitiert.

Gegenläufig zu einer Eigennutzargumentation verläuft hingegen die Richtung des Zusammenhangs bei der dritten noch knapp relevanten Einflussgrösse: dem Status, der weitere 13% der Gesamtvarianz erklärt. Denn je wohlhabender die Bewohner einer Gemeinde, desto geringer war die Zustimmung zur Familieninitiative, je ärmer, desto höher – obschon sich der Abzug, wie jeder Steuerabzug, vor allem für Haushalte mit einem hohen Einkommen und einem entsprechend hohen Steuersatz gelohnt hätte.

Autobahnvignette: Ideologie und Autobesitz spielten eine Rolle

Auf den ersten Blick einfach strukturiert ist die regionale Verteilung der Zustimmung zur Preiserhöhung bei der Autobahnvignette. Gemäss Grafik 5 ist im Standardmodell nur ein Faktor von Bedeutung: In den konservativen Gebieten des Kantons stiess die Preiserhöhung auf besonders ausgeprägte Ablehnung, in den progressiven eher auf Zustimmung.

Grafik 5: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Vignettenpreiserhöhung  
 Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Vignettenpreiserhöhung,  $n = 171$  Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz ( $R^2$ ) = 64% (Standardmodell) bzw. 69% (Standardmodell mit Personenwagendichte)



Lesehilfe: siehe Grafik 1. Die ausgefüllten Säulen beziehen sich auf das Standardmodell, schraffierte auf das Standardmodell ergänzt um die Personenwagendichte.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

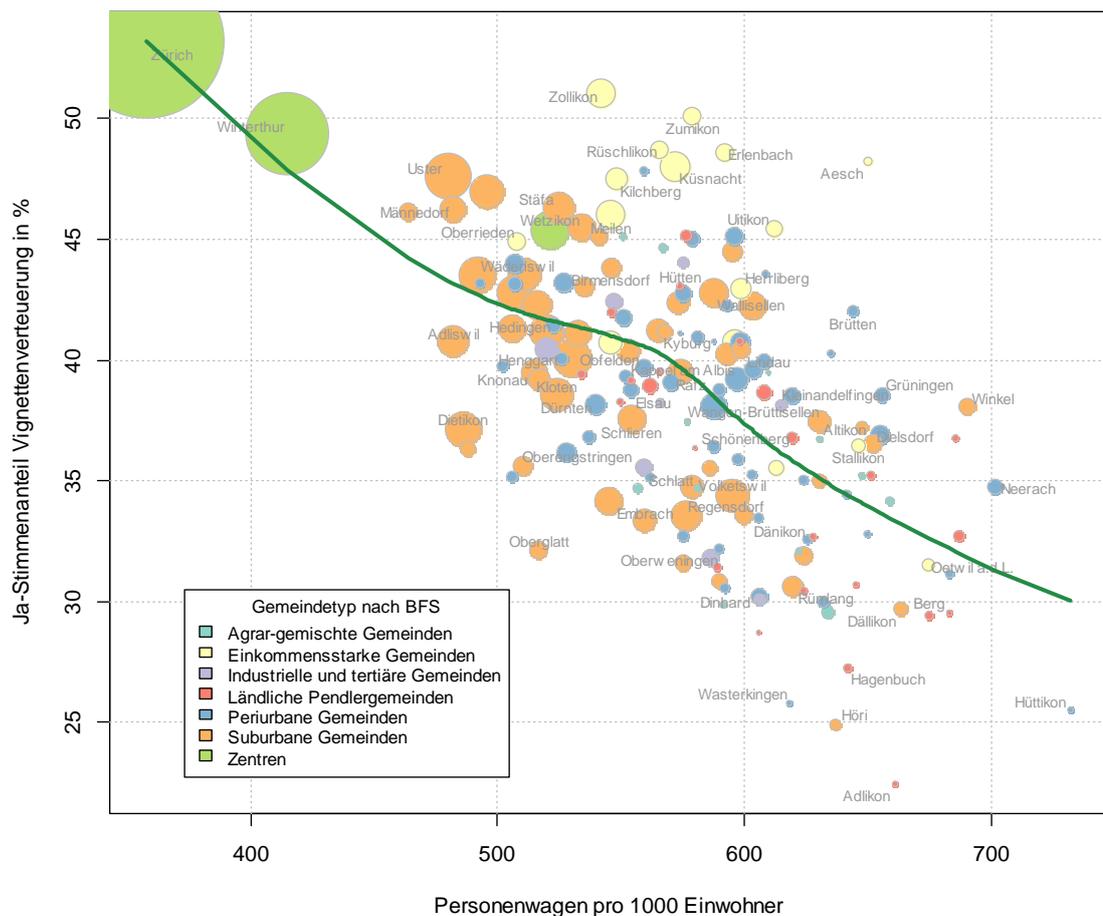
Man kann in diesem klaren Fall wohl davon ausgehen, dass dieses Muster im Wesentlichen das parolen- bzw. letztlich natürlich ideologiekonforme Verhalten der SVP-Wählerschaft spiegelt. Dieser sehr klare Zusammenhang, impliziert aber nicht nur, dass die Zustimmung in den SVP-dominierten Gebieten des Kantons die Zustimmung tief, sondern auch, dass sie in den progressiven, von den Linksparteien dominierten Gemeinden hoch war. In der Stadt Zürich war die Zustimmung entsprechend sogar knapp mehrheitlich (53% Ja). Keine Wirkung zeigte so offenbar die ambivalente (SP mit Stimmfreigabe) oder sogar ablehnende (Grüne) Haltung der Linksparteien wegen der Verknüpfung der Preiserhöhung mit dem Netzbeschluss, der einen Ausbau des Nationalstrassennetzes vorsah.

Unmittelbar hätte sich die Verteuerung der Vignette auf das Portemonnaie der Autobesitzer ausgewirkt: Sie hätten für die Benützung der Autobahnen pro Fahrzeug mehr bezahlen

müssen. Eine Ablehnung der Vorlage durch diese Gruppe ist deshalb aus eigennützigere Perspektive naheliegend, wie bereits die Trendanalyse des gfs-Instituts im Vorfeld der Abstimmung zeigte (gfs 2013).

Auf Gemeindeebene spiegelt sich die Automobilität der Bevölkerung in einer hohen Personenwagendichte. Trifft die Hypothese zu, so müsste die Zustimmung zur Vignettenverteuerung mit zunehmender Personenwagendichte abnehmen. In Grafik 5b, ist das Standardmodell mit dieser Grösse ergänzt – und es zeigt sich in der Tat, dass dieser Zusammenhang besteht, selbst wenn man die vier anderen Faktoren kontrolliert. Grafik 6 zeigt diesen klaren Zusammenhang zwischen Abstimmungsergebnis und Autodichte im bivariaten Streudiagramm.

Grafik 6: Automobilität und Zustimmung zur Vignettenverteuerung  
Personenwagen pro 1000 Einwohner 2012, Ja-Stimmenanteil der Vignettenverteuerungsvorlage in %



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Dem aufmerksamen Leser ist nicht entgangen, dass die Ergänzung des Standardmodells um die Personenwagendichte die Erklärungskraft des dominierenden ideologischen Gegensatzes um 11 Prozentpunkte, also ganz erheblich reduziert. Die zusätzliche Variable macht das Modell statistisch gesehen zwar „besser“: Es reduziert die unerklärte Varianz signifikant (Niveau 99.9%) und es ist deshalb auch sinnvoll, sie einzubeziehen. Weil zwischen den beiden Grössen aber ein überraschend enger Zusammenhang (besteht<sup>4</sup> – Je nationalkonservativer die Stimmbürger einer Gemeinde eingestellt sind, desto höher ist die Personenwagendichte – wird die erklärte Varianz zu einem ziemlichem Teil bloss „verlagert“.

<sup>4</sup> Naheliegender wäre an sich ein Zusammenhang der Personenwagendichte mit dem soziodemographischen Urbanitätsindikator gewesen; dieser ist aber eindeutig schwächer (Korrelationskoeffizient  $r = -0.47$ , gegenüber 0.6).

Der Autobesitz und eine gesellschaftlich konservative, bzw. progressive Grundhaltung sind auf Gemeindeebene offenbar eng miteinander verbunden. Noch enger als der Zusammenhang mit unserer synthetischen Modellvariable sind aber die Zusammenhänge der Personenwagendichte mit dem SVP-Wähleranteil (positiv) und dem kombinierten Wähleranteil der Linksparteien, der SP, der Grünen und der AL (negativ).<sup>5</sup>

Sei es als Symbol einer wertkonservativ verstandenen individuellen Freiheit („Freie Fahrt für freie Bürger“ hiess das Motto der Autopartei, deren einstige Wählerschaft im Lauf der 1990er Jahre von der SVP absorbiert wurde), sei es umgekehrt als Hindernis zum gesellschaftlichen Fortschritt in eine nachhaltig-ökologische Zukunft: Der (Nicht-)Besitz eines Autos scheint so nicht zuletzt auch materieller Ausdruck eines politischen Bekenntnisses zu sein.

## Fazit

Drei Vorlagen, dreimal Nein – und, wie unsere Analyse gezeigt hat, kommen in den drei unterschiedlichen regionalen Mustern der Zustimmung auch drei sehr unterschiedliche politische Konstellationen zum Ausdruck. Plakativ könnte man sagen, dass die Abstimmungsteilnehmer im Kanton Zürich in Ihrer Mehrheit zu wirtschaftsliberal (und zu wohlhabend) sind, um eine 1:12-Initiative gutzuheissen, und andererseits gesellschaftlich zu progressiv (und zu urban-individualisiert), um traditionelle Familienverhältnisse fiskalisch in der Weise zu begünstigen, wie dies die Familieninitiative vorsah. Und nicht zuletzt: nach wie vor zu automobil, um eine Erhöhung des Preises der Autobahnvignette zu akzeptieren.

---

<sup>5</sup> Der Korrelationskoeffizient beträgt jeweils etwa + oder -0.66. Bis zu einem gewissen Grad liegt diese Spiegelung in der Natur der Sache bzw. der Wähleranteile die zusammen ja immer 100% ergeben. Die vier erwähnten Parteien haben in 95% der Gemeinden zusammen eine Mehrheit. Gleichzeitig sehr hohe Wähleranteile der Linksparteien und sehr hohe der SVP sind theoretisch zwar nicht völlig ausgeschlossen, jedoch praktisch sehr unwahrscheinlich.

## Literatur

gfs (2013). Vorabstimmungsanalyse zur eidg. Abstimmung vom 24. November 2013, Zweite Trendstudie im Auftrag der SRG SSR

Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. *statistik.info* 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. *statistik.info* 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser, Peter (2010). Wer wählt wen im Kanton Zürich? Soziale Herkunft und politische Haltungen der Parteiwählerschaften. *statistik.info* 9/2010, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2011). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. *Neue Zürcher Zeitung*, 8.3.2011.

Moser, Peter (2012) Vorlagen zahlreich – Beteiligung tief? Eine Analyse der Abstimmungen vom 17.6.2012. *statistik.info* 2012/06, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser Newsletter „NewsStat“ informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser  
Telefon: 043 259 75 35  
E-Mail: [peter.moser@statistik.ji.zh.ch](mailto:peter.moser@statistik.ji.zh.ch)

Statistisches Amt des Kantons Zürich  
Schöntalstrasse 5  
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: [datashop@statistik.zh.ch](mailto:datashop@statistik.zh.ch)

[www.statistik.zh.ch](http://www.statistik.zh.ch)

© 2013 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.